

zu TOP

Mainz, 25.03.2014

Anfrage 0634/2014 zur Sitzung am 09.04.2014

Gutachten zum Ausbau der A60 bei Mainz Marienborn (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 05. September 2012 den Stadtratsantrag der GRÜNEN „Verträglichkeitsprüfung vor Planfeststellung“ beschlossen. Damit forderte die Stadt Mainz die zuständigen Landesbehörden auf, noch vor einem formalen Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der A60 Verträglichkeitsprüfungen durchzuführen. Diese sollten die Auswirkungen des geplanten Ausbaus auf die Lebensqualität der Bevölkerung von Mainz Marienborn und andere Stadtteile untersuchen (u.a. Entwicklung der Lärmbelastung, Schadstoff- und Staubbelastung, Veränderungen der klimatischen Bedingungen, der Lichtbedingungen sowie den Flächenverbrauch).

Außerdem wurden die Landesbehörden mit Verabschiedung des Antrags aufgefordert, die Bürger_innen bereits vor dem Planfeststellungsverfahren nicht nur zu informieren, sondern auch zu beteiligen.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 13. Juni 2012 ebenfalls den Antrag der GRÜNEN „Lärmschutz für Marienborn“ verabschiedet. Darin wird unter anderem eine Summenlärmpegelbildung der Emissionen von A60 und A63 gefordert. Eine solche Summenpegelberechnung wurde bereits beim Ausbau der A60 bei Hechtsheim vorgenommen und könnte im Ergebnis zu stärkeren Lärmschutzmaßnahmen als geplant führen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche Gutachten zum Ausbau der A 60 hat der LBM bereits erstellen lassen?
2. Wie werden diese jeweils von der Stadtverwaltung bewertet?
3. Wie soll die Bürgerbeteiligung im weiteren Verfahren ausgestaltet sein?
4. Wird der LBM eine Summenlärmpegelberechnung vorlegen? Wenn ja, wann ist mit Ergebnissen zu rechnen? Wenn nein, warum nicht?

Ruth Jaensch
(Mitglied des Stadtrats)